



## Kommunalwahl 2016

### BUND-Befragung der Parteien/Spitzenkandidatinnen und -kandidaten

Heppenheim, 25. Januar 2016

Sehr geehrte/r ...,

kommunale Entscheidungen beeinflussen den Umgang mit den natürlichen Ressourcen und haben Auswirkungen auf den Schutz von Natur und Umwelt.

Bei der Kommunalwahl geht es auch darum, ob und wie Ihre Kommune langfristig die Lebensgrundlagen Ihrer Bürger/innen sicherstellen kann.

Der BUND Bergstraße möchte, dass Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachen Umwelt und Naturschutz vorangehen.

Deshalb haben wir fünf konkrete Bereiche exemplarisch für **Umweltschutz, Naturschutz und Energiewende** ausgewählt, zu denen wir Sie um Ihre Positionierung bitten:

#### **1. Im Stadtwald mehr Natur zulassen: Machen Sie Ihren Stadtwald zum FSC Wald!**

In Zeiten von Klimawandel und Energiewende steigen die Ansprüche an den Wald. Die Nachfrage nach Holz für verschiedenste Zwecke ist rasant gestiegen und nimmt weiter zu.

Doch nicht nur der Nutzungsdruck, auch der Klimawandel macht dem Wald zunehmend zu schaffen.

Kommunale Wälder sind ein Schatz für jede Kommune. Sie bieten Erholung und erfüllen so wichtige Funktionen wie Luftreinhaltung, Bereitstellung von Trinkwasser, Speicherung von Treibhausgasen und Erhalt der biologischen Vielfalt.

Wälder müssen nachhaltig genutzt werden. Das Land Hessen geht mit gutem Beispiel voran: Der Hessische Staatswald wird schrittweise nach den Kriterien des FSC (Forest Stewardship Council, <http://www.fsc-deutschland.de/de-de>) zertifiziert. FSC ist ein anerkannter und glaubwürdiger Standard für eine nachhaltige und umweltverträgliche Waldbewirtschaftung.

Auch der Stadtwald kann durch den FSC-Standard ökologischer, stabiler und risikoärmer gemacht werden. Und die Chancen für den Verkauf von Holz steigen, da die Nachfrage nach FSC-zertifiziertem Holz wächst.

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Stadtwald nach den Kriterien des FSC zertifiziert wird.

#### **2. Verbot von Glyphosat auf kommunalen landwirtschaftlich genutzten Flächen: Machen Sie ihre Kommune zur glyphosatreien Kommune!**

Glyphosat (Handelsname z.B. Roundup) ist das weltweit am häufigsten eingesetzte Pflanzengift. In Deutschland sind 93 Glyphosat-haltige Mittel zugelassen. Deutschlandweit werden jährlich knapp 6000 Tonnen davon eingesetzt. Dort, wo Glyphosat verwendet wird, tötet es alle Pflanzen ab. Unter anderem der BUND hat nachgewiesen, dass Glyphosat im Urin von Menschen vorkommt, ebenso wird es in der Muttermilch, in Oberflächengewässern und in den Böden gefunden. 2015 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft.

Der BUND fordert ein vollständiges Verbot von Glyphosat.

Die hessische Umweltministerin Priska Hinz hat aufgrund der Warnungen der WHO per Erlass verfügt, dass der Einsatz glyphosathaltiger Pestizide auf Wegen, Plätzen und sonstigem Nichtkulturland in Hessen mit Wirkung vom 1. Juli 2015 nur noch in begründeten Ausnahmefällen möglich ist.

Aber Kommunen verpachten auch landwirtschaftliche Flächen. Hier ist erforderlich, dass durch kommunale Beschlüsse der Einsatz von Glyphosat auch auf diesen gemeindeeigenen, landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgeschlossen wird.

### **3. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie ihre Kommune zur Energiewende-Kommune mit Kraft-Wärme-Kopplung!**

In der Diskussion um die Energiewende besteht allgemeiner Konsens, dass Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten kann und muss. Durch effiziente Energienutzung, werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Energieverbrauch gesenkt, insbesondere dort wo derzeit bis zu 60 % der Primärenergie als ungenutzte Abwärme verloren gehen, z. B. in konventionellen Kondensationskraftwerken. KWK kann in vielen Größenklassen und mit verschiedenen Brennstoffen betrieben werden und stellt die Verbindung zwischen Stromwende und Wärmewende her. Durch KWK kann flexibel Strom erzeugt und fluktuierende Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie ausgeglichen werden. Verbunden mit systemdienlicher Eigenstromerzeugung können Stromnetze entlastet, der Netzausbau auf das erforderliche Maß reduziert und die Modernisierung des Heizungsbestandes vorangetrieben werden

Potentiale für einen Ausbau der KWK sind vorhanden – zahlreiche Studien haben dies aufgezeigt. In vielen kommunalen Heizungsanlagen in Rathäusern, Kindergärten, Schulen, Stadthallen, Betriebshöfen, Schwimmbädern usw. sowie in Heimen und Krankenhäusern können KWK-Anlagen wirtschaftlich eingesetzt werden.

Sie können sich dafür einsetzen, dass viele dieser KWK-Anlagen in kommunalen Gebäuden eingebaut werden und dass ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und Gewerbetreibenden Beratung angeboten wird. Der BUND unterstützt dieses Ziel mit einer eigenen KWK-Informationenkampagne.

### **4. Ausgleichsmaßnahmen verbessern: Machen Sie beschlossene Naturschutzmaßnahmen nachprüfbar!**

Im Bauamt werden nicht nur Bebauungspläne archiviert, sondern auch die damit zugleich festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen, die den stattgefundenen Natureingriff wettmachen sollen. Die Kommune ist verpflichtet, die Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen und auf Dauer in gutem Zustand zu erhalten.

Der BUND beobachtet jedoch seit langem, dass Kommunen die Durchführung und dauerhafte Pflege vernachlässigen oder gar unterlassen. Ebenso mangelt es an der Durchsetzung der beschlossenen Maßnahmen gegenüber Dritten. Teilweise fehlt der Verwaltung selbst der Überblick über den Umfang der Ausgleichsmaßnahmen.

Um diesem gravierenden Mangel abzuhelpfen, ist es notwendig, dass die Kommune ein Kataster über die beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen und ihren Pflegezustand führt, und das Kataster regelmäßig aktualisiert. Das Kataster soll wie die zugrunde liegenden Bebauungspläne und Ausgleichsmaßnahmen öffentlich einsehbar sein.

## **5. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!**

Der aktuelle Flächennutzungsplan (FNP) erlaubt jeder Gemeinde eine – nach Maßgabe der Regionalversammlung – ausreichende Erschließung neuer Flächen. Bereits dieser Flächenverlust ist nach Ansicht des BUND zu hoch, und doch beobachtet der BUND, dass Kommunen Flächenansprüche sogar über das Maß des FNP hinaus beanspruchen.

Baumaßnahmen gehen in aller Regel zu Lasten der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Nutzflächen sind eine endliche Ressource, deren Verbrauch durch Versiegelung nicht nachhaltig ist. Dieser Landfraß erfolgt auf Kosten künftiger Generationen, aber auch immer mehr zu Lasten der Menschen auf der Erde, die unter Hunger leiden.

Daher fordert der BUND von den Kommunen, sich strikt an die Vorgaben des FNP zu halten und darüber hinaus keine Flächen zu versiegeln.

**Auf den folgenden Seiten finden Sie unsere Fragen. Bitte senden Sie uns den ausgefüllten Fragebogen bis spätestens 15. Februar 2016 per Post oder per E-Mail zurück. Die Ergebnisse unserer Befragung werden wir auf unserer Homepage und in der Presse veröffentlichen.**

Vielen Dank und freundliche Grüße

Claudia Dirr

BUND Bergstraße

Ludwigstraße 13

64646 Heppenheim

Tel. 06252 5189

E-Mail: [bund.bergstrasse@bund.net](mailto:bund.bergstrasse@bund.net)

Web: [www.bund-bergstrasse.de](http://www.bund-bergstrasse.de)

**1. Im Stadtwald mehr Natur zulassen: Machen Sie Ihren Kommunalwald zum FSC Wald!**

**FRAGE:** Setzen Sie sich dafür ein, den Kommunalwald Ihrer Stadt/Gemeinde nach dem FSC-Siegel zertifizieren zu lassen?

- 0 JA auf jeden Fall
- 0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

**2. Verbot von Glyphosat auf kommunalen Flächen: Machen Sie ihre Kommune zur glyphosatfreien Kommune!**

**FRAGE:** Setzen Sie sich dafür ein, dass Glyphosat in Ihrer Stadt/Gemeinde nicht mehr auf öffentlichen und landwirtschaftlich genutzten kommunalen Flächen eingesetzt wird?

- 0 JA auf jeden Fall
- 0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

**3. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie Ihre Kommune zur Energiewende-Kommune mit Kraft-Wärme-Kopplung!**

**FRAGE:** Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune viele neue KWK-Anlagen in kommunalen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

- 0 JA auf jeden Fall
- 0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

**4. Ausgleichsmaßnahmen verbessern: Machen Sie beschlossene Naturschutzmaßnahmen nachprüfbar!**

**FRAGE:** Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune ein öffentliches Kataster über Ausgleichsmaßnahmen und deren Pflegezustand geführt wird?

- 0 JA auf jeden Fall
- 0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

**5. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!**

**FRAGE:** Setzen Sie sich dafür ein, dass Ihre Kommune nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweist als es der aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?

- 0 JA auf jeden Fall
- 0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung